

Het uitstel wordt van rechtswege herroepen wanneer de zorgverlener veroordeeld is vanwege een nieuwe inbreuk, bedoeld in artikel 73bis, gepleegd gedurende de proeftermijn.

Kondigen deze wet af, bevelen dat zij met 's Lands zegel zal worden bekleed en door het *Belgisch Staatsblad* zal worden bekendgemaakt.

Gegeven te Brussel 19 december 2008.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Sociale Zaken en Volksgezondheid,
Mevr. L. ONKELINX

Met 's Lands zegel gezegeld :

De Minister van Justitie,
J. VANDEURZEN

Notas

(1) *Doc 52 1492 (2008/2009)* :

001 : Wetsontwerp.

002 : Verslag.

003 : Tekst verbeterd door de commissie.

Zie ook :

Integraal verslag : 20 november 2008.

Le sursis est révoqué de plein droit lorsque le dispensateur est condamné du chef d'une nouvelle infraction visée à l'article 73bis, commise pendant le délai d'épreuve.

Promulguons la présente loi, ordonnons qu'elle soit revêtue du sceau de l'Etat et publiée par le *Moniteur belge*.

Donné à Bruxelles, le 19 décembre 2008.

ALBERT

Par le Roi :

La Ministre des Affaires sociales et de la Santé publique,
Mme L. ONKELINX

Scellé du sceau de l'Etat :

Le ministre de la Justice,
J. VANDEURZEN

Notes

(1) *Doc 52 1492/ (2008/2009)* :

001 : Projet de loi.

002 : Rapport.

003 : Texte corrigé par la commission.

Voir aussi :

Compte rendu intégral : 20 novembre 2008.

GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2008 — 4731

[C - 2008/33111]

23. DEZEMBER 2008 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekretes vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996, 18. Dezember 1998, 4. Mai 1999, 6. Mai 1999, 25. Mai 1999, 22. Dezember 2000, 7. Januar 2002, 24. Dezember 2002, 5. Mai 2003, 3. Juli 2003, 27. März 2006, 20. März 2007 und 21. April 2007, insbesondere der Artikeln 7 und 54;

Auf Grund des Dekretes vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung, insbesondere der Artikel 5, 8, 9, 10, 11;

Auf Grund des günstigen Gutachtens des Finanzinspektors vom 21. November 2008;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 20. November 2008;

Auf Grund der Dringlichkeit, begründet durch die Tatsache, dass das Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung am 1. Januar 2009 in Kraft tritt, so dass die entsprechenden Ausführungsbestimmungen dringend verabschiedet und veröffentlicht werden müssen;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 45.632/1 des Staatsrates, das am 16. Dezember 2008 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag der für Erwachsenenbildung zuständigen Ministerin,

Nach Beratung;

Beschließt:

Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung dieses Erlasses versteht man unter:

1. «Dekret»: das Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung;
2. «Ministerium»: die zuständige Dienststelle der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. «Weiterbildungsdienststelle»: für die Weiterbildung zuständiger Dienst des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Übersicht der Weiterbildungsangebote

Art. 2 - Gemäß Artikel 5 Absatz 2 Nr. 1 des Dekretes übermitteln die geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung folgende Angaben:

1. den Namen der Einrichtung,
2. den Namen und die Kontaktadresse der Ansprechpartnerin beziehungsweise des Ansprechpartners,
3. die Angabe der Veranstaltungsorte und -daten,
4. eine Inhaltsbeschreibung, die Zielsetzung und das Zielpublikum der einzelnen Veranstaltungen und
5. die eventuell ausgestellten Abschlüsse, Zertifikate oder Teilnahmebescheinigungen.

Diese Angaben werden anhand eines elektronischen Formulars der Weiterbildungsdienststelle mitgeteilt und zwar:

1. unverzüglich, sobald ein Kurs programmiert ist und
2. zweimal jährlich in gebündelter Form, spätestens bis zum 10. April eines jeden Jahres für die Weiterbildungsangebote, die im darauf folgenden Zeitraum vom 1. Juli bis zum 31. Dezember beziehungsweise bis zum 10. Oktober eines jeden Jahres für die Weiterbildungsangebote, die im darauf folgenden Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni stattfinden.

Auswertung der Kundenzufriedenheit

Art. 3 - Gemäß Artikel 5 Absatz 2 Nr. 2 des Dekretes übermitteln die geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung folgende Angaben:

1. Teilnahmestatistiken und
2. sich an im Gesamtkonzept zu beschreibenden Zielen orientierende Auswertungsfragebögen, die die Weiterbildungsdienststelle zur Verfügung stellt.

Zweimal jährlich werden diese Angaben anhand eines elektronischen Formulars der Weiterbildungsdienststelle mitgeteilt, bis spätestens zum 10. April eines jeden Jahres für den vorangegangenen Zeitraum vom 1. Juli bis zum 31. Dezember beziehungsweise bis zum 10. Oktober eines jeden Jahres für den vorangegangenen Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni.

Raster des Gesamtkonzepts

Art. 4 - Das zu benutzende Raster wird vom Ministerium zur Verfügung gestellt.

Fachjury

Art. 5 - Die in Artikel 8 § 3 des Dekretes genannte Fachjury setzt sich aus drei unabhängigen Mitgliedern zusammen. Bei der Zusammensetzung wird die Erfahrung in den Bereichen der formalen oder nicht-formalen Bildung, des Qualitätsmanagements und der Organisationsentwicklung berücksichtigt.

Darf nicht Mitglied der Fachjury werden:

1. wer selbst oder gegebenenfalls dessen Arbeitgeber in den zu begutachtenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung gebunden ist;
2. wer mit einer anderen Person verheiratet, gesetzlich zusammenlebt, in eheähnlichem Verhältnis steht, in gerader Linie verwandt oder verschwägert ist oder war, die an den zu begutachtenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung beteiligt ist.

Die Fachjury wird von einem Personalmitglied des Ministeriums betreut.

Zwischenauswertung

Art. 6 - Die Regierung nimmt die Zwischenauswertung nach Artikel 8 § 5 des Dekretes im ersten Halbjahr des dritten Jahres der Genehmigung des Gesamtkonzeptes mit den geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung vor.

Ziel der Auswertung ist es:

1. den Stand der Umsetzung des Gesamtkonzepts und des Qualitätsmanagements festzustellen;
2. die geförderte Einrichtung der Erwachsenenbildung proaktiv bei der Umsetzung des Gesamtkonzepts zu unterstützen.

Bei der Auswertung wirkt mindestens ein Mitglied der Fachjury, die das Gesamtkonzept begutachtet hat, mit.

Evaluationsprozess

Art. 7 - Die in Artikel 9 des Dekretes genannte Verpflichtung zur Selbstevaluation besteht in einem kontinuierlichen Prozess mit einer Mindestdauer von zehn Monaten, an dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Verwaltungsrat der geförderten Einrichtung der Erwachsenenbildung mitwirken. Die externe Expertin oder der externe Experte hat die Einrichtung mindestens bei Beginn, bei der Durchführung und bei Abschluss ihres Evaluationsprozesses vor Ort zu begleiten.

Die externe Expertin oder der externe Experte hat folgende Bedingungen zu erfüllen:

1. im Besitz eines Bachelors, Masters oder eines gleichgestellten Diploms in einem der folgenden Bereiche sein: Psychologie, Sozial-, Wirtschafts-, Erziehungs-, Kommunikations- oder Bildungswissenschaften;
2. eine Ausbildung in Organisationsentwicklung entweder im Rahmen des unter Nr. 1 erwähnten Diploms oder als Zusatzausbildung abgeschlossen haben;
3. mindestens einen Organisationsentwicklungsprozess begleitet haben;
4. Berufserfahrung im formalen oder nicht-formalen Bildungsbereich haben und
5. sich selbst regelmäßig evaluieren oder evaluieren lassen. Der letzte Evaluierungsbericht darf nicht älter als vier Jahre sein.

Darf als externe Expertin oder externer Experte in einer Evaluation nicht mitwirken:

1. wer selbst oder gegebenenfalls dessen Arbeitgeber in der zu evaluierenden Einrichtung gebunden ist;

2. wer mit einer anderen Person verheiratet, gesetzlich zusammenlebt, in eheähnlichem Verhältnis steht, in gerader Linie verwandt oder verschwägert ist oder war, die an den zu evaluierenden Einrichtungen der Erwachsenenbildung beteiligt ist;

3. wer bereits drei Evaluationsprozesse in einer und derselben geförderten Einrichtung der Erwachsenenbildung mit begleitet hat.

Spätestens zwei Monate vor Beginn des Evaluationsprozesses legt die die geförderte Einrichtung der Erwachsenenbildung dem Ministerium die Nachweise vor, dass die externe Expertin beziehungsweise der externe Experte die in diesem Artikel genannten Bedingungen erfüllt.

Jährlicher pauschaler Zuschuss

Art. 8 - Bei der Berechnung der in Artikel 10 des Dekretes genannten Einnahmen werden das Aufnehmen von Bank- und Privatanleihen, interne Transfers sowie fiktive Einnahmen nicht berücksichtigt.

Fiktive Einnahmen sind Einnahmen, die darauf abzielen, die Eigeneinnahmen künstlich zu erhöhen.

Zuschüsse für Evaluationen

Art. 9 - Der Höchstbetrag des Zuschusses für Selbstevaluationen nach Artikel 11 Absatz 1 Nr. 2 des Dekretes wird auf 4.000 EUR festgelegt.

Zuschüsse für die Organisation und Teilnahme an Aus- und Weiterbildung

Art. 10 - § 1 - Für die Organisation von Aus- und Weiterbildungen nach Artikel 11 Absatz 1 Nr. 3 kann eine Pauschale von 7,50 EUR pro Weiterbildungsstunde und pro Teilnehmerin beziehungsweise Teilnehmer gewährt werden, wenn:

1. mindestens fünf Ehrenamtliche und/oder Hauptamtliche der eigenen Einrichtung daran teilnehmen und
2. die Schulung sich mindestens über sechs Weiterbildungsstunden erstreckt.

Zur Abrechnung des Zuschusses sind folgende Kosten annehmbar:

1. Honorar-, Fahrt- und Aufenthaltskosten der Referentinnen und Referenten;
2. Aufenthaltskosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer;
3. Raumkosten.

Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein detailliertes Programm nach Artikel 11 Absatz 6 des Dekretes;
2. Datum und Ort der Weiterbildung, sowie die vorgesehene Teilnehmerzahl und
3. eine Liste der Referentinnen und Referenten mit Angaben ihrer Qualifikation.

Folgende Unterlagen sind spätestens acht Wochen nach Ende der Weiterbildung vollständig einzureichen:

1. eine unterschriebene Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer;
2. eine von einer verantwortlichen Person unterschriebene verbindliche Erklärung, dass das Programm mit den vorgesehenen Referentinnen und/oder Referenten sowie der vorgesehenen Stundenanzahl durchgeführt wurde, wobei eventuelle Programmänderungen zu begründen sind und
3. eine Abrechnung der annehmbaren Kosten nach Absatz 2.

§ 2 - Für die Teilnahme an Weiterbildungen der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung können Zusatzzuschüsse gewährt werden mit einem Maximum pro Haushaltsjahr und pro Person von 650 EUR.

Bei einer Weiterbildung mit aufeinander bauenden Modulen muss der Antrag für den gesamten Zeitraum gestellt werden. Geht der Weiterbildungszeitraum über zwölf Monate hinaus, muss ein neuer Antrag für die Module der darauf folgenden Monate, mit einem Maximum von zwölf Monaten, gestellt werden.

Zur Abrechnung des Zuschusses sind folgende Kosten annehmbar:

1. die Einschreibgebühr;
1. Zug- und Buskosten oder der für das Personal des Ministeriums gültige Kilometersatz für PKW-Fahrten;
2. die Aufenthaltskosten mit einem Höchsttagessatz von 20 EUR für Verpflegung ohne Übernachtung oder mit einem Höchsttagessatz von 75 EUR bei Übernachtung.

Dem Antrag sind beizufügen:

1. ein detailliertes Programm nach Artikel 11 Absatz 6 des Dekretes und
2. Ort, Zeitpunkt und Dauer der Weiterbildung.

Folgende Unterlagen sind spätestens acht Wochen nach Ende der Weiterbildung vollständig einzureichen:

1. eine Teilnahmebescheinigung und
2. eine Abrechnung der annehmbaren Kosten nach Absatz 3.

Aufhebungsbestimmungen

Art. 11 - Sind aufgehoben:

1. der Erlass der Exekutive vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugenddiensten und Jugendzentren, was den Bereich der Volks- und Erwachsenenbildung betrifft;
2. der Erlass der Exekutive vom 7. Mai 1993 über die Anerkennung und Bezuschussung von Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung;
3. der Erlass der Regierung vom 8. Dezember 1993 zur Festlegung von Übergangsbestimmungen zum Dekret vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugenddiensten und Jugendzentren, was den Bereich der Volks- und Erwachsenenbildung betrifft.

In-Kraft-Treten

Art. 12 - Dieser Erlass tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.

Durchführungsklausel

Art. 13 - Der für Erwachsenenbildung zuständige Minister wird mit der Durchführung dieses Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Dezember 2008

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden,
K.-H. LAMBERTZ

Die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport,
Frau I. WEYKMANS

 TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 4731

[C - 2008/33111]

**23 DECEMBRE 2008. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 17 novembre 2008
visant à soutenir les établissements de formation pour adultes**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois du 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993, 16 juillet 1993, 30 décembre 1993, 16 décembre 1996, 18 décembre 1998, 4 mai 1999, 6 mai 1999, 25 mai 1999, 22 décembre 2000, 7 janvier 2002, 24 décembre 2002, 5 mai 2003, 3 juillet 2003, 27 mars 2006, 20 mars 2007 et 21 avril 2007, notamment les articles 7 et 54;

Vu le décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes, notamment les articles 5, 8, 9, 10 et 11;

Vu l'avis favorable de l'Inspecteur des Finances, donné le 21 novembre 2008;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 20 novembre 2008;

Vu l'urgence, motivée par le fait que le décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes entre en vigueur le 1^{er} janvier 2009, de sorte que les dispositions d'exécution y afférentes doivent être adoptées et publiées d'urgence;

Vu l'avis n° 45.632/1 du Conseil d'Etat, émis le 16 décembre 2008 en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur proposition de la Ministre compétente en matière de Formation des adultes;

Après délibération,

Arrête :

Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

- 1° « décret » : le décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes;
- 2° « ministère » : le service compétent du Gouvernement de la Communauté germanophone;
- 3° « Service de la formation continue » : le service du Ministère de la Communauté germanophone compétent pour la formation continue.

Aperçu des offres de formation continue

Art. 2. Conformément à l'article 5, alinéa 2, 1°, du décret, les établissements de formation pour adultes qui sont soutenus transmettent les données suivantes :

- 1° le nom de l'établissement;
- 2° le nom et l'adresse de contact d'une personne ressource;
- 3° les lieux et dates des manifestations;
- 4° une description du contenu, l'objectif et le public-cible de chacune des manifestations et
- 5° les diplômes, certificats ou attestations de participation éventuellement délivrés.

Ces données sont transmises au moyen d'un formulaire électronique au Service de la formation continue, et cela :

- 1° sans délai, sitôt qu'un cours est programmé et
- 2° deux fois par an sous forme récapitulative, à savoir au plus tard le 10 avril pour les offres de formation continue qui auront lieu entre le 1^{er} juillet et le 31 décembre, respectivement au plus tard le 10 octobre pour celles qui auront lieu entre le 1^{er} janvier et le 30 juin.

Evaluation de la satisfaction des utilisateurs

Art. 3. Conformément à l'article 5, alinéa 2, 2°, du décret, les établissements de formation pour adultes qui sont soutenus transmettent les données suivantes :

- 1° les statistiques de participation et
- 2° les questionnaires d'évaluation mis à disposition par le Service de la formation continue et se rapportant aux objectifs décrits dans le concept global.

Deux fois par an, ces données sont communiquées au Service de la formation continue au moyen d'un formulaire électronique, respectivement au plus tard le 10 avril pour la période du 1^{er} au 31 décembre qui précède et le 10 octobre pour la période du 1^{er} janvier au 30 juin qui précède.

Trame du concept global

Art. 4. La trame à utiliser est mise à disposition par le Ministère.

Jury spécialisé

Art. 5. Le jury spécialisé visé à l'article 8, § 3, du décret se compose de trois membres indépendants. Lors de la composition du jury, il est tenu compte de l'expérience dans les domaines de la formation formelle et non formelle, de la gestion de la qualité et du développement organisationnel.

Ne peut être membre du jury spécialisé celui qui est :

- 1° lié aux établissements de formation pour adultes à évaluer, que ce soit personnellement ou via son employeur;
- 2° marié avec une personne associée aux établissements de formation pour adultes à évaluer, est son cohabitant légal, vit maritalement avec elle, en est ou était un parent en ou allié en ligne directe.

Le jury spécialisé est encadré par un membre du personnel du Ministère.

Evaluation intermédiaire

Art. 6. Durant le premier semestre de la troisième année de validité du concept global, le Gouvernement procède à l'évaluation intermédiaire visée à l'article 8, § 5, du décret avec les établissements de formation pour adultes qui sont soutenus.

L'évaluation a pour objectif :

- 1° de voir où en sont la réalisation du concept global et la gestion de la qualité;
- 2° d'aider de manière proactive l'établissement de formation des adultes qui est soutenu à réaliser le concept global.

Au moins l'un des membres du jury spécialisé qui a émis un avis sur le concept global participe à l'évaluation.

Processus d'évaluation

Art. 7. L'auto-évaluation obligatoire, visée à l'article 9 du décret, consiste en un processus continu de dix mois au moins auquel participent les collaborateurs ainsi que le conseil d'administration de l'établissement de formation pour adultes soutenu. L'expert externe accompagne l'établissement sur place, au moins au début, au cours et à la fin du processus d'évaluation.

L'expert externe remplit les conditions suivantes :

- 1° être en possession d'un diplôme de bachelier, de master ou d'un diplôme équivalent dans l'un des domaines suivants : psychologie, sciences sociales, sciences économiques, sciences de l'éducation, sciences de la communication ou « Bildungswissenschaften » (sciences de la formation);
- 2° avoir accompli une formation en développement organisationnel soit dans le cadre du diplôme visé sub 1°, soit à titre de formation complémentaire;
- 3° avoir accompagné au moins un processus de développement organisationnel;
- 4° avoir de l'expérience professionnelle dans le domaine de la formation formelle ou non formelle et
- 5° s'évaluer ou se faire évaluer régulièrement. Le dernier rapport d'évaluation ne peut dater de plus de quatre ans.

Ne peut participer à une évaluation à titre d'expert externe celui qui est :

- 1° lié aux établissements de formation pour adultes à évaluer, que ce soit personnellement ou via son employeur;
- 2° marié avec une personne associée aux établissements de formation pour adultes à évaluer, est son cohabitant légal, vit maritalement avec elle, en est ou était un parent en ou allié en ligne directe;
- 3° celui qui a déjà accompagné trois processus d'évaluation auprès d'un seul et même établissement de formation pour adultes soutenu.

Au plus tard deux mois avant le début du processus d'évaluation, l'établissement de formation pour adultes soutenu apporte au Ministère la preuve que l'expert externe remplit les conditions visées au présent article.

Subside forfaitaire annuel

Art. 8. Lors du calcul des recettes visées à l'article 10 du décret, les emprunts bancaires ou privés contractés, les transferts internes ainsi que les recettes fictives ne sont pas pris en considération.

Les recettes fictives sont celles qui visent à augmenter de manière artificielle les recettes propres.

Subsides pour évaluations

Art. 9. Le montant maximal du subside pour les auto-évaluations, visé à l'article 11, alinéa 1^{er}, 2°, du décret, est fixé à 4.000 EUR.

Subsides pour l'organisation de et la participation à des formations et formations continues

Art. 10. § 1^{er}. Pour l'organisation de formations et de formations continues au sens de l'article 11, alinéa 1^{er}, 3°, du décret, un forfait de 7,50 EUR par heure de formation et par participant est octroyé lorsque :

- 1° au moins cinq bénévoles et/ou professionnels de l'établissement y participent et
- 2° la formation continue s'étend sur au moins six heures.

Les dépenses suivantes sont considérées comme acceptables pour calculer le subside :

- 1° les honoraires, les frais de déplacement et de séjour des animateurs;
- 2° les frais de séjour des participants;
- 3° les frais de locaux.

Sont à joindre à la demande :

- 1° un programme détaillé conformément à l'article 11, alinéa 6, du décret;
- 2° la date et le lieu de la formation continue ainsi que le nombre prévu de participants et
- 3° une liste des animateurs avec mention de leur qualification.

Les documents suivants doivent être introduits au plus tard huit semaines après la fin de la formation continue :

- 1° une liste de présence signée par les participants;
- 2° une déclaration ferme signée par un responsable aux termes de laquelle le programme a été accompli avec les animateurs prévus et conformément au nombre d'heures prévu, d'éventuels changements de programme devant être motivés et
- 3° un décompte des dépenses acceptables conformément à l'alinéa 2.

§ 2. Des subsides complémentaires, plafonnés à 650 EUR par exercice budgétaire et par personne, peuvent être octroyés pour la participation de collaborateurs professionnels ou bénévoles à des formations continues.

Dans le cas d'une formation continue comportant des modules successifs, la demande doit être effectuée pour l'ensemble de la période. Si la période de formation continue dépasse douze mois, il faut introduire une nouvelle demande pour les modules se déroulant durant les mois suivants, avec un maximum de douze mois.

Les dépenses suivantes sont considérées comme acceptables pour calculer le subside :

- 1° les droits d'inscription;
- 2° les frais de train et de bus ou l'indemnité kilométrique octroyée au personnel du Ministère pour les trajets en voiture;
- 3° les frais de séjour avec un plafond de 20 EUR par jour lorsqu'il y a repas mais pas d'hébergement ou de 75 EUR en cas d'hébergement.

Sont à joindre à la demande :

- 1° un programme détaillé conformément à l'article 11, alinéa 6, du décret et
- 2° le lieu, l'heure et la durée de la formation continue.

Les documents suivants doivent être introduits, complets, au plus tard huit semaines après la fin de la formation continue :

- 1° une attestation de participation et
- 2° un décompte des dépenses acceptables conformément à l'alinéa 3.

Dispositions abrogatoires

Art. 11. Sont abrogés :

1° l'arrêté de l'Exécutif du 6 juillet 1992 portant exécution du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus, en ce qui concerne l'éducation populaire et la formation des adultes;

2° l'arrêté de l'Exécutif du 7 mai 1993 relatif à la reconnaissance et au subventionnement d'organisations pour l'Education populaire et la Formation des Adultes;

3° l'arrêté du Gouvernement du 8 décembre 1993 fixant des dispositions transitoires pour le décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'Education populaire et la Formation des Adultes et les organisations et centres de jeunesse reconnus, en ce qui concerne l'éducation populaire et la formation des adultes.

Entrée en vigueur

Art. 12. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2009.

Exécution

Art. 13. Le Ministre compétent en matière de Formation des adultes est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 décembre 2008.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

La Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports,
Mme I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 4731

[C — 2008/33111]

23 DECEMBER 2008. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993, 16 juli 1993, 30 Deze december 1993, 16 december 1996, 18 december 1998, 4 mei 1999, 6 mei 1999, 25 mei 1999, 22 december 2000, 7 januari 2002, 24 december 2002, 5 mei 2003, 3 juli 2003, 27 maart 2006, 20 maart 2007 en 21 april 2007, inzonderheid op artikel 7 en 54;

Gelet op het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs, inzonderheid op de artikelen 5, 8, 9, 10 en 11;

Gelet op het gunstig advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 21 november 2008;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 20 november 2008;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid, gerechtvaardigd door het feit dat het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs op 1 januari 2009 in werking treedt, zodat de desbetreffende uitvoeringsbepalingen dringend moeten worden aangenomen en bekendgemaakt;

Gelet op het advies van de Raad van State nr. 45.632/1, gegeven op 16 december 2008 met toepassing van artikel 84, § 1, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Volwassenenvorming;

Na beraadslaging,

Besluit :

Begripsbepalingen

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit dient te worden verstaan onder :

1° « decreet » : het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs;

2° « Ministerie » : de bevoegde dienst van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

3° « Dienst Voortgezette Opleiding » : de dienst van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake voortgezette opleiding.

Overzicht van het aanbod aan voortgezette opleidingen

Art. 2. Overeenkomstig artikel 5, lid 2, 1°, van het decreet zenden de ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs volgende gegevens toe :

1° de naam van de instelling;

2° de naam en het contactadres van de correspondent;

3° de plaats en datum van de manifestaties;

4° een inhoudsbeschrijving, de doelstelling en het doelpubliek van de verschillende manifestaties;

5° de eventueel uitgereikte diploma's, getuigschriften en deelnemingsattesten.

Deze gegevens worden de Dienst Voortgezette Opleiding door middel van een elektronisch formulier toegezonden, en dit :

1° onverwijld, zodra een cursus op het programma gesteld wordt en

2° twee keer per jaar, als samenvatting, te weten ten laatste op 10 april voor de aangeboden voortgezette opleidingen die tussen 1 juli en 31 december zullen plaatsvinden, resp. 10 oktober voor degenen die tussen 1 januari en 30 juni zullen plaatsvinden.

Evaluatie van de gebruikerstevredenheid

Art. 3. Overeenkomstig artikel 5, lid 2, 2°, van het decreet zenden de ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs volgende gegevens toe :

1° deelnemersstatistieken en

2° de door de Dienst Voortgezette Opleiding ter beschikking gestelde evaluatievragenlijsten over de in het globaal concept beschreven doelstellingen.

Twee keer per jaar worden deze gegevens de Dienst Voortgezette Opleiding door middel van een elektronisch formulier toegezonden, en dit ten laatste op 10 april voor de voorafgaande periode tussen 1 juli en 31 december resp. 10 oktober voor de voorafgaande periode tussen 1 januari en 30 juni.

Structuur van het globaal concept

Art. 4. Het Ministerie stelt de te gebruiken structuur ter beschikking.

Vakjury

Art. 5. De in artikel 8, § 3, van het decreet bedoelde vakjury stelt zich uit drie onafhankelijke leden samen. Bij de samenstelling van de jury wordt er rekening gehouden met de ervaring in formele en niet-formele vorming, kwaliteitsmanagement en organisatieontwikkeling.

Mag niet tot de vakjury behoren wie :

- 1° aan instellingen voor volwassenenonderwijs verbonden is, zij het persoonlijk of via zijn werkgever;
- 2° met een persoon, verbonden aan de te evalueren instellingen voor volwassenenonderwijs, gehuwd is, wettelijk samenwoont, een feitelijk gezin vormt, bloed- of aanverwant in rechte lijn is of was.

De vakjury wordt begeleid door een personeelslid van het Ministerie.

Tussentijdse evaluatie

Art. 6. Tijdens het eerste semester van het derde geldigheidsjaar van het globaal concept voert de Regering de tussentijdse evaluatie, bedoeld in artikel 8, § 5, van het decreet, samen met de ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs uit.

De doelstelling van de evaluatie bestaat erin :

- 1° te bepalen in hoeverre het globaal concept verwezenlijkt is en voor de kwaliteitsbewaking gezorgd wordt;
- 2° de ondersteunde instelling voor volwassenenonderwijs proactief te helpen het globaal concept te verwezenlijken.

Ten minste één der leden van de vakjury die over het globaal concept een advies heeft uitgebracht, neemt deel aan de evaluatie.

Evaluatieproces

Art. 7. De verplichte zelfevaluatie bedoeld in artikel 9 van het decreet bestaat in een voortdurend proces van ten minste tien maanden waaraan de medewerkers en de raad van bestuur van de ondersteunde instelling voor volwassenenonderwijs deelnemen. De externe deskundige begeleidt de instelling ter plaatse, ten minste bij het begin, in de loop en op het einde van het evaluatieproces.

De externe deskundige vervult volgende voorwaarden :

- 1° houder zijn van een bachelor, master of gelijkwaardig diploma in één der volgende gebieden : psychologie, sociale wetenschappen, economische wetenschappen, educatieve wetenschappen, communicatiewetenschappen of « Bildungswissenschaften » (vormingswetenschappen);
- 2° een opleiding in organisatieontwikkeling hebben gevolgd, hetzij in het kader van het onder 1° bedoeld diploma, hetzij als bijkomende opleiding;
- 3° ten minste één proces van organisatieontwikkeling hebben begeleid;
- 4° beroepservaring hebben op het vlak van de formele of niet-formele vorming en
- 5° zich regelmatig evalueren of laten evalueren. Het laatste evaluatieverslag moet niet ouder zijn dan vier jaar.

Mag niet als externe deskundige aan een evaluatie deelnemen wie :

- 1° aan instellingen voor volwassenenonderwijs verbonden is, zij het persoonlijk of via zijn werkgever;
- 2° met een persoon, verbonden aan de te evalueren instellingen voor volwassenenonderwijs, gehuwd is, wettelijk samenwoont, een feitelijk gezin vormt, bloed- of aanverwant in rechte lijn is of was;
- 3° reeds drie evaluatieprocessen bij dezelfde instelling voor volwassenenonderwijs heeft begeleid.

Ten laatste twee maanden vóór het begin van het evaluatieproces legt de instelling voor volwassenenonderwijs aan het Ministerie het bewijs voor dat de externe deskundige de in voorliggend artikel bedoelde voorwaarden vervult.

Jaarlijkse forfaitaire toelage

Art. 8. Bij de berekening van de in artikel 10 van het decreet bedoelde ontvangsten wordt er geen rekening gehouden met de leningen aangegaan bij banken of particulieren, de interne overschrijvingen en de fictieve ontvangsten.

De fictieve ontvangsten zijn ontvangsten die ernaar streven, de eigen ontvangsten op kunstmatige wijze te verhogen.

Toelagen voor evaluaties

Art. 9. Het maximaal bedrag van de in artikel 11, lid 1, 2°, van het decreet bedoelde toelage voor de zelfevaluaties beloopt 4.000 EUR.

Toelagen voor de organisatie van en de deelneming aan opleidingen en voortgezette opleidingen

Art. 10. § 1. Voor de organisatie van opleidingen en voortgezette opleidingen in de zin van artikel 11, lid 1, 3°, van het decreet wordt een forfaitair bedrag van 7,50 EUR per opleidingsuur en per deelnemer toegekend, indien

- 1° ten minste vijf vrijwilligers en/of beroepsbeoefenaars van de instelling eraan deelnemen;
- 2° de voortgezette opleiding ten minste zes uren duurt.

Volgende uitgaven worden als aanneembaar beschouwd om de toelage te berekenen :

- 1° de erelonen, de reis- en verblijfkosten van de animators;
- 2° de verblijfkosten van de deelnemers;
- 3° de ruimtekosten.

Worden bij de aanvraag gevoegd :

- 1° een gedetailleerd programma overeenkomstig artikel 11, lid 6, van het decreet;
- 2° de datum en de plaats van de voortgezette opleiding alsmede het voorgezien deelnemersaantal en
- 3° een lijst met de animators en hun kwalificatie.

Volgende documenten moeten ten laatste acht weken na het einde van de voortgezette opleiding worden ingediend :

- 1° een aanwezigheidslijst ondertekend door de deelnemers;
- 2° een door de verantwoordelijke ondertekende bindende verklaring dat het programma met de bepaalde animators en overeenkomstig het bepaald aantal uren gevolgd is, waarbij mogelijke programmawijzigingen met redenen moeten worden omkleed en
- 3° een afrekening van de krachtens het tweede lid aanneembare uitgaven.

§ 2. Bijkomende toelagen, beperkt tot 650 EUR per begrotingsjaar en per persoon, mogen worden toegekend voor de deelneming van professionele en vrijwillige medewerkers aan voortgezette opleidingen.

Telt een opleiding opeenvolgende modules, dan moet de aanvraag voor de hele periode worden ingediend. Duurt de voortgezette opleiding meer dan twaalf maanden, dan moet een nieuwe aanvraag worden ingediend voor de modules die tijdens de volgende maanden, met een maximum van 12 maanden, plaatsvinden.

Volgende uitgaven worden als aanneembaar beschouwd om de toelage te berekenen :

- 1° de inschrijvingsrechten;
- 2° de trein- en buskosten of de kilometervergoeding toegekend aan het personeel van het Ministerie voor de verplaatsingen met hun wagen;
- 3° de verblijfkosten met een dagelijks plafond van 20 EUR, bij maltijd zonder overnachting, of van 75 EUR bij overnachting.

Worden bij de aanvraag gevoegd :

- 1° een gedetailleerd programma overeenkomstig artikel 11, lid 6, van het decreet;
- 2° de datum, het tijdstip en de plaats van de voortgezette opleidingen.

Volgende documenten, volledig ingevuld, moeten ten laatste acht weken na het einde van de voortgezette opleiding worden ingediend :

- 1° een deelnemingsattest;
- 2° een afrekening van de krachtens het derde lid aanneembare uitgaven.

Opheffingsbepalingen

Art. 11. Worden opgeheven :

1° het besluit van de Executieve van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra, wat de volksopleiding en het vormingswerk voor volwassenen betreft;

2° het besluit van de Executieve van 7 mei 1993 betreffende de erkenning en de subsidiëring van organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen;

3° het besluit van de Regering van 8 december 1993 houdende vastlegging van overgangsbepalingen voor het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor Volksopleiding en Vormingswerk voor Volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra, wat de volksopleiding en het vormingswerk voor volwassenen betreft.

Inwerkingtreding

Art. 12. Voorliggend besluit treedt in werking op 1 januari 2009.

Uitvoering

Art. 13. De Minister bevoegd inzake Volwassenenvorming wordt belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2008.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,
Mevr. I. WEYKMANS